



## Kommentar von Frank Schurgast: Digital allein reicht nicht

### Description

Die Bundesregierung kündigt einen digitalen Schwerbehindertenausweis an. Das klingt zunächst nach einem wichtigen Schritt. Digitale Angebote können den Alltag tatsächlich erleichtern. Behördengänge werden einfacher. Vergünstigungen lassen sich schneller nachweisen. Auch Reisen innerhalb Europas könnten unkomplizierter werden.

Doch die eigentliche Frage lautet anders. **Warum feiert die Politik eine digitale Plastikkarte als großen Fortschritt?**

## Digitalisierung ersetzt keine Inklusion

Ein digitaler Ausweis beseitigt keine Stufe. Er öffnet keine verschlossene Tür, macht keinen Bahnhof barrierefrei, schafft keine inklusive Schule und sorgt auch nicht für ausreichend Assistenzleistungen. Digitalisierung ist wichtig. Sie darf jedoch niemals als Ersatz für echte Inklusionspolitik dienen.

Seit Jahren kündigen Bundesregierungen Verbesserungen an. Seit Jahren folgen Strategien, Arbeitsgruppen und Prüfaufträge. Die Umsetzung bleibt häufig aus. Auch beim neuen Schwerbehindertenausweis gibt es keinen verbindlichen Zeitplan.

Die Europäische Union hat längst klare Vorgaben beschlossen. Deutschland wartet erneut auf weitere Konkretisierungen. Dieses Muster kennen Menschen mit Behinderungen nur zu gut.

## **Die eigentlichen Baustellen bleiben bestehen**

---

Während über digitale Ausweise diskutiert wird, verschärfen sich viele andere Probleme. Barrierefreie Wohnungen fehlen. Der öffentliche Nahverkehr bleibt vielerorts unzugänglich. Schulbegleitungen werden gekürzt. Persönliche Assistenz gerät zunehmend unter finanziellen Druck. Werkstätten stehen weiter in der Kritik. Viele Behörden bleiben schwer erreichbar. Diese Probleme bestimmen den Alltag. Nicht das Format eines Ausweises.

Ein digitaler Schwerbehindertenausweis darf niemanden ausschließen. Viele ältere Menschen nutzen keine Smartphones. Manche Menschen besitzen gar kein digitales Endgerät. Andere können komplexe Anwendungen nur eingeschränkt bedienen. Auch Menschen mit kognitiven Behinderungen benötigen einfache Lösungen.

Deshalb bleibt die Wahlfreiheit unverzichtbar: Digitale und analoge Angebote müssen dauerhaft nebeneinander bestehen.

## **Rechte dürfen nicht gleichzeitig geschwächt werden**

Besonders problematisch wirkt das politische Gesamtbild. Auf der einen Seite spricht die Bundesregierung über Digitalisierung. Auf der anderen Seite verzögert sie wichtige Reformen.

Barrierefreiheit wird später erreicht.

Geplante Verbesserungen im Diskriminierungsschutz verschwinden aus Gesetzesentwürfen. Menschen mit Behinderungen erleben deshalb widersprüchliche Signale. Neue Technik ersetzt keine stärkeren Rechte.

Immer häufiger dominiert die Debatte über knappe Haushalte. Gerade Menschen mit Behinderungen spüren diese Entwicklung besonders deutlich. Assistenzleistungen geraten unter Druck. Kommunen sparen bei der Barrierefreiheit. Schulen kürzen Unterstützungsangebote.

Dabei handelt es sich nicht um freiwillige Leistungen. Es geht um gesetzlich garantierte Teilhabe. Wer hier spart, spart an Grundrechten.

## **Digitalisierung muss Teil einer Gesamtstrategie sein**

Der digitale Schwerbehindertenausweis kann sinnvoll sein. Niemand stellt das grundsätzlich infrage. Er muss jedoch Teil einer umfassenden Modernisierung werden. Dazu gehören digitale Verwaltungsverfahren. Ebenso gehören barrierefreie Apps und Internetseiten dazu. Auch verständliche Sprache bleibt unverzichtbar. Genauso wichtig bleiben persönliche Ansprechpartner.

Andere europäische Länder zeigen seit Jahren, dass Inklusion schneller gelingen kann. Deutschland diskutiert häufig länger, als es handelt. Für Betroffene bedeutet jeder weitere Aufschub verlorene Lebenszeit. Barrieren verschwinden nicht durch Ankündigungen. Sie verschwinden nur durch konsequentes Handeln.

## Mehr auch nicht

Der digitale Schwerbehindertenausweis ist ein sinnvoller Baustein. Mehr aber auch nicht. Er darf nicht als große behindertenpolitische Erfolgsgeschichte verkauft werden. Die eigentlichen Herausforderungen liegen ganz woanders.

Deutschland braucht endlich verbindliche Zeitpläne, braucht ausreichend finanzierte Inklusion. Und Deutschland braucht den politischen Mut, Menschenrechte endlich konsequent umzusetzen.

**Ein moderner Ausweis ist willkommen. Eine moderne Behindertenpolitik wäre jedoch deutlich wichtiger.**

Titelbild: Bundeskanzler Merz mit Vizekanzler Klingbeil, Walsrode. / Foto: © Bundesregierung/Jesco Denzel

### Category

1. Inklusion
2. Politik

### Tags

1. Bundespolitik
2. Bundesregierung
3. CDU/CSU
4. Digitalisierung
5. Kommentar

6. Menschen mit Behinderungen

---

7. Politik

8. Schwerbehindertenausweis

9. SPD

**Date**

2026/07/28

**Date Created**

2026/07/01

**Author**

admin

*Inklusion Nord e.V.*